

Komponieren mit Schütz-App

WEISSENFELS/MZ - Schüler können im Heinrich-Schütz-Haus in Weissenfels ohne Vorkenntnisse komponieren. Möglich macht das eine neue App, die am Mittwoch mit zehnjährigen Grundschulern getestet wurde. Die Software arbeitet mit vorgegebenen Klangbausteinen auf der Basis von verschiedenen Werken von Heinrich Schütz (1585-1672), sagte der wissenschaftliche Mitarbeiter und Verantwortliche für das Museum, Maik Richter.

Klieber-Schau im Volkspark

HALLE/MZ - Der Maler Ulrich Klieber, Rektor der Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle von 2003 bis 2010, gibt in der Burg-Galerie im Volkspark in Halle seine Abschiedsausstellung. Er ist Ende März nach 23 Jahren Lehrtätigkeit als Professor für bildnerische Grundlagen an der Burg ausgeschieden. Die Ausstellung mit dem Titel „Reportagen“ zeigt Gemälde in großflächigen Tableaus von bis zu 30 Teilen. Die Bilder sind von seinen Reisen inspiriert. Die Ausstellung ist bis zum 12. Mai täglich von 14 bis 19 Uhr zu sehen.



MDR-Chor hat neuen Leiter

LEIPZIG/DPA - In der kommenden Konzertsaison 2019/2020 übernimmt Philipp Ahmann die künstlerische Leitung des MDR-Rundfunkchors. Der 44-Jährige folgt auf Risto Joost, dessen Amtszeit im Sommer nach vier Jahren endet. Unter anderem geistliche Stücke von Anton Bruckner will der neue Leiter mit dem Chor aufführen.

Kettcar kommt zur Kulturarena

JENA/DPA - Kettcar, Bosse und Gisbert zu Knyphausen: Die Jenaer Kulturarena versammelt in diesem Sommer neben internationalen Künstlern und verschiedenen Musikgenres wieder namhafte Interpreten deutschsprachiger Musik. Die Kulturarena ist Thüringens längstes Sommerfestival. Es startet am 5. Juli und endet am 25. August.

Heute auf MZ.de

Beziehung
So geht es
Wendler mit
seiner Laura

» www.MZ.de/fernsehen



Vorsicht, Sie betreten Deutsch-Nordost: ein verwitterter Grenzposten der DDR in Hötensleben, Sachsen-Anhalt

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA

Oben ohne

GESELLSCHAFT Ist der Osten eine Kolonie des Westens? Eine Tagung in Dresden diskutiert die Erfahrung von Abwertung und Ausschluss aus den Eliten.

VON CHRISTIAN EGER

DRESDEN/MZ - Ist der Osten eine „Kolonie“ des Westens? Die Frage ist nicht neu. Neu ist der Umstand, dass sie ernsthaft diskutiert wird. Bereits 1996 war ein nichtpropagandistisches Buch mit dem Titel „Kolonialisierung der DDR“ erschienen, in denen Wissenschaftler „Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses“ versprochen. Das interessierte damals niemanden; heute ist das Buch vergriffen. „Kolonie Ost?“ fragte jetzt eine Tagung in Dresden, die „Aspekte von ‚Kolonialisierung‘ in Ostdeutschland seit 1990“ diskutierte. Der Ort musste gewechselt werden, um die Zahl der Zuhörer zu fassen. Auf Einladung des Dresdner Kunstwissenschaftlers Paul Kaiser und des von ihm geleiteten Dresdner Instituts für Kulturstudien arbeitete sich ein Dutzend Referenten am Kern der ostdeutschen Empörung ab.

Gesamtdeutsch unsichtbar

Schnell steht für die Redner fest: Von „Kolonialisierung“ kann keine Rede sein. Der meint die gewalttätige Eroberung und Ausbeutung fremder Gebiete. Mit dem Nachwende-Osten, der sich mehrheitlich für den Beitritt zur Bundesrepublik entschieden hatte, hat das nichts zu tun. Auch deshalb nicht, schrieb 2018 der Berliner Publizist Friedrich Dieckmann in den „Dresdner Heften“, weil die kolonialen Herrschaftsträger die vorgefundenen Eliten gemeinhin nicht ersetzen, sondern nutzen.

Die Soziologen sprechen nicht von „Kolonialisierung“, sondern von westdeutscher „Überschichtung“ im Osten bei gleichzeitiger ostdeutscher „Unterschichtung“ im Westen; die Abwanderung von Ost nach West ist seit 1945 nie abgerissen. Mit den bekannten Folgen: Gesamtdeutsch sind die Ostdeutschen in der Elite nahezu un-

sichtbar; sie sind ein Volk „oben ohne“. Zuletzt meldete eine Studie, dass keine der 81 Universitäten in Deutschland - und keine Hochschule - einen Rektor hat, der aus dem Osten stammt. Auch die zehn mitteldeutschen Unis sind nach fast 30 Jahren Einheit durchweg mit Chefs aus dem Westen besetzt. Aber kann man das den Rektoren vorwerfen?

Raj Kollmorgen lehnt das ab. Der an der Hochschule Zittau-Görlitz lehrende Soziologe war es, der das Eliteproblem Ost zu einem gesamtdeutsch wahrgenommenen Thema befördert hat. Kollmorgen nimmt nicht Personen, sondern Strukturen in den Blick. In Dresden erklärt er, was die West-Eliten im Osten mit nahezu physikalischer Notwendigkeit auf die Bahn gebracht hat: die Einheit im Beitritts- und nicht im Wiedervereinigungs-Modus, die den Elitentransfer erzwingt; die zahlenmäßige Unterlegenheit der Ost-Bevölkerung, die folgerichtig mit einer kulturellen und sozialen Marginalisierung als Minderheit einhergeht; die Tatsache, dass sich Eliten in Machtnet-

zwerken reproduzieren. In denen vollziehe sich das Abdrängen der Ostler „wie das Herausspülen von Münzen niederen Werts“. Mit irgendeinem Vorsatz hat das wenig zu tun, sondern mit einer in sich schlüssigen Sozialmechanik.

Deutlich sieht Kollmorgen die „Benachteiligung“ der Ostler, aber ausdrücklich sieht er keine „Diskriminierung“. Der Wissenschaftler vom Jahrgang 1963 warnt davor, sich in einem Kolonialismus-Diskurs „zu wälzen“, nicht zuletzt, weil es den echten Kolonialismus verniedliche.

Alle sind Täter

Der Dresdner Soziologe Michael Hofmann spricht stattdessen von „Landnahme“. Ein von Rosa Luxemburg her entwickeltes Theorem, das die auf Expansion angewiesene kapitalistische Dynamik beschreibt: hier von Deutschland West nach Deutschland Ost. Die äußere laufe mit einer „inneren Landnahme“ einher, mit dem Einspeisen von systemrelevanten Normen, die Anerkennung finden oder eben auf Abwehr stoßen. Für Hofmann gibt es nicht die Guten oder Bösen. „Wir sind alle Täter“, sagt er. Und im Blick auf die kapitalistische Globalisierung sei es „völlig wurscht, ob eine West- oder Ost-Elite herrscht. Es käme am Ende dasselbe heraus.“

Ein Urteil, mit dem die statistischen Befunde von Naika Foroutan korrespondieren. Die Berliner Soziologin verglich Meinungen über Ostdeutsche und Migranten, die gesamtgesellschaftlich um Platz zwei und drei in der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft ringen. Was die Statistiken zeigen: Die Westdeutschen erkennen die Benachteiligung des Ostdeutschen nicht an. Aber in ihren Vorbehalten gegenüber Migranten und Muslimen sind Ost und West ein vereintes Land.

Der Fremdheit der Ostler im Osten hilft das nicht, die - das

zeigt die Tagung durchweg - nicht allein als ein Mangel an Teilhabe, sondern vor allem und im Kern als ein Mangel an Anerkennung, Wahrnehmung und Wertschätzung erlebt wird. Wenn auch nicht von „Kolonialismus“, so ist in Dresden doch immer wieder von Haltungen und Handlungen die Rede, die aus dem „Postkolonialismus“ bekannt sind: Kulturelle und psychosoziale Überlegenheits- und Abwertungsgeboten, die aus den im Osten politisch verstetigten West-Strukturen resultieren. Der Ostler erlebt sie als Abwertung, der Westler als Ausdruck ureigener Normalität.

Im hochreflektierten Kulturmilieu sind die Empörungspotenziale besonders stark. Der Verzicht auf eine Herkunftscompetenz fällt hier schwer - und immer schwerer ins Gewicht. Paul Kaiser, der im Jahr 2017 den „Dresdner Bilderstreit“ entfaltete, beschreibt die „koloniale Attitüde“ von Führungspersonen, die gar nicht kennen, was sie verwalten. Etwa ein Chef der Dresdner Galerie Neue Meister, der nach 19 Dienstjahren mit dem öffentlichen Bekenntnis überrascht, dass er dessen bedeutende DDR-Kunstbestände kaum kenne.

Was tun? „Es kommt nicht auf die Herkunft, sondern auf das Verhalten an“, also auf das Gefühl für den Ort, an dem jemand wirkt, sagt der Dresdner Bürgerrechtler und Theologe Frank Richter. Eine Ost-Quote muss her, mindestens für zwei Legislatur-Perioden, schlägt Naika Foroutan vor. Ran an die Posten!, fordert Paul Kaiser die Ostler auf. Bloß weg davon!, erwidert Raj Kollmorgen. In die alten westdeutschen Herrschaftsstrukturen drängen: „Wozu wollen wir das eigentlich?“, fragt er. „Ist das die Aufgabe der aufarbeitenden Ostdeutschen unserer Generation?“ Was alle Positionen vereint: Sie sind von Dringlichkeit getrieben.

BÜHNEN HALLE

Brenner will „lückenlose Aufklärung“

Theaterchef spricht zum Aufsichtsrat.

VON ANDREAS MONTAG

HALLE/MZ - Der kommende Freitag hatte das Zeug zum Schicksalstag: Am 12. April lief ursprünglich die Erklärungsfrist der Briten ab, wie sie denn nun die Europäische Union zu verlassen gedenken. Wie es aussieht, wird das Vereinigte Königreich aber eine Verlängerung bewilligt bekommen.

Ebenfalls für den 12. April, wenn in Halle der Aufsichtsrat der Theater, Oper und Orchester GmbH (TOOH) erneut über den Konflikt zwischen Geschäftsführer Stefan Rosinski sowie den Intendanten des Schauspiels und der Oper, Matthias Brenner und Florian Lutz, berät, hatte Brenner den Ablauf eines Ultimatums angekündigt: Er werde seine weitere Tätigkeit von klaren Entscheidungen des Aufsichtsgremiums abhängig machen.

Am Mittwoch hat Brenner nun mit einer öffentlichen Erklärung nachgelegt. Darin erinnert er daran, Maßnahmen zur Wiederherstellung und Sicherung des Betriebsfriedens in der TOOH gefordert zu haben, „da die Arbeitsverhältnisse für mich wie auch für viele meiner Kollegen unerträglich geworden sind“. Zugleich weist er darauf, die Reduzierung des Problems auf einen Konflikt zwischen ihm und Rosinski greife zu kurz, die Situation habe eine zweieinhalbjährige Historie: „Seit Stefan



Matthias Brenner FOTO: GÜNTER BAUER

Rosinski das Amt des Geschäftsführers übernommen hat, ist er seiner originären Aufgabe als Geschäftsführer nicht gewachsen, den Betriebsfrieden zu wahren“, so Brenner. Rosinski habe nun als Lösung einen runden Tisch vorgeschlagen: „Dazu sage ich: Seit über einem Jahr sitze ich monatlich mit Aufsichtsratsvorsitzendem Bernd Wiegand, Stefan Rosinski und den anderen künstlerischen Intendanten völlig erfolglos an einem ‚runden Tisch‘.“ Rosinskis Vorschlag zeuge von seinem Willen, den Status quo aufrechtzuerhalten. „Dazu bin ich nicht bereit“, so Brenner. Insbesondere erwarte er vom Aufsichtsrat „lückenlose Aufklärung sämtlicher Pflichtverletzungen des Geschäftsführers und aller anhängiger Rechtsverfahren gegen ihn“.

Vielleicht gelangt der Aufsichtsrat auch zu der Einsicht, dass die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses helfen könnte - und ein Stillhalten aller Parteien für die Dauer von dessen Arbeit? Dann sähe man klarer.



„Es kommt nicht auf die Herkunft, sondern das Verhalten an.“

Frank Richter
Politiker und Theologe
FOTO: DPA